

Spannungen vor Merkels Reise in die Türkei

Ankara und Berlin uneins beim Umgang mit dem Iran – Streit über türkische Gymnasien geht weiter

Von Miriam Hollstein

BERLIN – Kurz vor der heute beginnenden Türkei-Reise von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ist es zu neuen Differenzen mit dem türkischen Premierminister Recep Tayyip Erdogan gekommen. Dieser kritisierte in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ die deutsche Iran-Politik und lehnte Strafmaßnahmen gegen den Iran wegen dessen Atomprogramms ab. Die bisher verhängten Sanktionen gegen Teheran seien wirkungslos geblieben, sagte Erdogan. Auf indirektem Wege kämen weiterhin Waren aus den USA und aus Deutschland in den Iran.

Merkel hatte ihrerseits in ihrer wöchentlichen Videobotschaft angekündigt, den Umgang mit dem Iran zum Gesprächsthema mit Erdogan machen zu wollen. Wenn der Iran bei seinem Atomprogramm nicht Transparenz zeige, müsse über weitere Strafmaßnahmen gegen Teheran nachgedacht werden. In der Botschaft sagte Merkel zudem, dass Integration auch bedeute, „dass die deutsche Sprache erlernt wird und die deutschen Gesetze eingehalten werden“. Sie betonte, auch Bundeskanzlerin für die türkischstämmigen Menschen zu sein.

Merkel wird heute für zwei Tage nach Ankara und Istanbul reisen. Neben Fragen der Integration von türkischstämmigen Bürgern in Deutschland wird es dabei auch um das künftige Verhältnis der Türkei zur EU, die deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen und die Zukunft der Erdgasleitung Nabucco gehen.

Grünen-Chefin Claudia Roth, die am Mittwoch zu politischen Gesprächen in die Türkei reist, warf Merkel vor, nicht „entschieden“ genug für die Integration von Migranten einzutreten. „Es reicht nicht aus, großspurig vor ihrer Abreise in die Türkei anzukündigen, die Bundeskanzlerin aller türkischstämmigen Menschen in Deutschland sein zu wollen, gleichzeitig aber der Türkei die Beitrittsperspektive in die EU zu verweigern“, sagte Roth der WELT. „So gibt sie auch den türkischstämmigen Menschen in Deutschland weiterhin das Gefühl, nicht dazuzugehören.“ Das Ziel müsse die Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union sein.

Die Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU forderten auch mehrere türkischstämmige Bundestags- und Landtagsabgeordnete von Grünen, SPD und der Linken in einem offenen Brief an die Kanzlerin. Für die Türkei bedeute dies weitere Modernisierung, höheren Wohlstand und politische Stabilität. Die EU würde kulturell, ökonomisch und sicherheitspolitisch hinzugewinnen, so die Unterzeichner des Schreibens, das der Berliner Grünen-Abgeordnete Özcan Mutlu initiiert hatte.

In Deutschland geht unterdessen die Diskussion um die Forderung des türkischen Premiers Erdogan nach türkischen Gymnasien in Deutschland weiter. Der stellver-

tretende innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Michael Hartmann, warf Merkel vor, sie habe Erdogans Forderung unnötig scharf abgelehnt. „Die Kanzlerin, die sonst so oft Zurückhaltung übt, hat da ohne Not zugespitzt reagiert“, sagte Hartmann der WELT. Ein Denken in „Schwarz-Weiß-Schablonen“ helfe im Umgang mit einem „komplexen“ Land wie der Türkei nicht weiter. Deshalb könne es hilfreich sein, Erdogans Vorschlag „in Ruhe zu prüfen“. Türkische Gymnasien seien „in Ausnahmefällen“ denkbar, wenn sie „wie internationale Schulen organisiert und auch für deutsche Schüler offen sind“, sagte Hartmann. „Unbedingte Voraussetzung ist allerdings, dass die Jugendlichen die deutsche Sprache beherrschen.“ Der Regelfall müsse das deutsche Schulangebot bleiben.

Der Migrationsforscher Klaus J. Bade hält die Aufregung über Erdogans Forderung für „unnötig“. „Es gibt in Deutschland diverse International Schools, in Berlin ein Französisches Gymnasium, aber auch schon eine türkische Grund- und Realschule, warum soll es nicht auch türkische Gymnasien geben?“, sagte Bade der WELT. Wichtig sei, dass diese Schulen „offen und überprüfbar“ seien. Ohnehin müssten ihre Abschlüsse an den Standards deutscher Gymnasien gemessen werden, weil sie sonst in Deutschland nicht anerkannt werden könnten. Ein Problem für die Integration würden sie nur dann, wenn sie „zu reinen Eliteschulen für Aufsteigerhaushalte im türkischen Zuwanderermilieu werden“, sagte Bade, der

auch Vorsitzender des unabhängigen Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration ist.

Scharfe Kritik an Erdogans Vorschlag kam hingegen vom SPD-Politiker und Bürgermeister von Berlin-Neukölln, Heinz Buschkowsky. „Erdogan versucht mit seinem Vorschlag, den türkischen Nationalismus der Türken in Deutschland zu schüren“, sagte Buschkowsky, dessen Bezirk einen hohen Anteil an türkischstämmigen Bewohnern hat, der WELT. Die Deutschen müssten 50 Jahre nach Beginn der Migration aus der Türkei „endlich aufhören, darüber zu sinnieren, ob Deutsch die richtige Sprache ist“. Für die Angehörigen der dritten oder vierten Generation sei Deutschland ohnehin längst ihre Heimat und Deutsch ihre Alltagssprache geworden. „Es kann nicht die Aufgabe der deutschen Gesellschaft sein, den Jugendlichen Türkisch beizubringen“, sagte Buschkowsky. „Wir sind keine Exklave der Türkei.“ Es läge in der Verantwortung der Familien selbst, ihren Kindern die „Sprache der Väter und Vorväter“ zu vermitteln, wenn sie dies wünschten. Auch sei es schon jetzt in Deutschland möglich, private türkische Schulen zu gründen.

Vor diesem Hintergrund begrüßte Buschkowsky die Absage der Kanzlerin an Erdogans Forderung: „Sie hat klar Kante gezeigt.“

Demonstration gegen den Islam

■ Radikale Islam-Gegner haben am Wochenende einen Ausnahmezustand rings um die Moschee in Duisburg-Marxloh provoziert. Mehr als 3000 Polizisten waren angerückt, um Ausbreitungen zu verhindern. Die rechtsextremistischen Parteien Pro NRW und NPD hatten Protestmärsche zur Moschee angemeldet, um vor einer zunehmenden Islamisierung zu warnen. Zeitgleich versammelten sich einige Hundert Meter entfernt rund 8000 Gegendemonstranten, die für Toleranz und friedliches Miteinander warben.



Gegendemonstranten vor der Moschee in Duisburg FOTO: DPA

■ Rund 150 Unterstützer von Pro NRW in Reisebussen gelangten mit Verspätung zum Kundgebungsplatz, weil die Polizei eine Sitzblockade auflösen musste. Mehrere Redner warnten auf der Veranstaltung von Pro NRW vor einem wachsenden Einfluss der Muslime und sprachen von einer „islamistischen Invasion Europas“.

WELT ONLINE

Wie gut läuft in Deutschland die Integration? Diskutieren Sie mit: welt.de/integration